

Demokratie und Rechtsstaat in der Balance halten

SP: Abstimmungsempfehlung

Rechtssetzung ist ein demokratischer Akt, Rechtsanwendung ein Verwaltungsakt. Auch bei den Einbürgerungen dürfen die Regeln von Montesquieu zur Gewaltentrennung nicht vermischt werden.

Aus rein fremdenfeindlichen Motiven sind Einbürgerungen in der Schweiz zum politischen Zankapfel geworden. Erst kam man auf die Idee selbst in einer Stadt wie Emmen an der Urne über Einbürgerungen abstimmen zu lassen. Dann kam der Schock über die völlig unfairen und ungleichmässigen Resultate. Sämtliche Gesuchsteller vom Balkan wurden abgewiesen, völlig unabhängig von ihren persönlichen Profilen. Nur zwei Kroatinnen mit italienisch klingenden Nachnamen schlüpfen durch. Willkür total. Etwas anderes konnte man aber auch nicht erwarten, wenn über zehntausend Stimmberechtigte im Schnellverfahren 70 Gesuche von Personen, die sie gar nicht kennen, beurteilen sollen. Heute ist in Emmen wieder eine Fachkommission im Amt. Diese amtet in einem durchaus strengen aber für alle gleichen Verfahren und prüft jeden Fall mit der gebotenen Sorgfalt.

Warum nicht Mordprozesse an der Urne?

Eine vulgäre Demokratieauffassung bricht sich in den letzten Jahren Bahn. Alles soll plötzlich an der Urne entschieden werden. Dabei hatte sich Montesquieu ein so schönes Prinzip ausgedacht, das ausgezeichnet funktioniert. Die Gesetze werden in demokratischen Verfahren beschlossen, von Parlamenten und in Volksabstimmungen. Angewendet jedoch werden sie von der Exekutive, der Verwaltung oder von Gerichten. Ziel muss es sein, dass derselbe Fall immer gleich behandelt wird, egal ob in Zürich, Lausanne oder Bellinzona. Dass dies geschieht, erreicht man durch die gerichtliche Überprüfung, welche eine gleiche Praxis für das ganze Land entstehen lässt. Bisher ist ja auch niemand auf die Idee gekommen, über die Schuldfrage in Mordprozessen an der Urne entscheiden zu lassen, denn Urteile müssen in der Schweiz begründet werden können, d.h. sie dürfen nicht willkürlich sein.

Zurück zu fairen Regeln

Wenn man die Befürworter von Einbürgerungen an der Urne sieht, hat man nicht den Eindruck, dass es ihnen um Fairness geht. Sie wollen die Wut über ihren Chef, den Streit mit der Frau, die Frechheiten der Kinder etc. an jemandem auslassen, z.B. am Ausländer, dessen Einbürgerung man mit Verve zurückweisen kann, selbst wenn dieser im Staatsbürgertest besser abgeschnitten hat, als man es selbst hätte. Wenn Sie wie ich faire Regeln gerecht angewandt wissen wollen stimmen Sie am 1. Juni mit NEIN zu Einbürgerungen an der Urne.

Heine J. Dietiker